

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
26. Mai 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunobel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Friedensarbeit. — Die Frauenarbeit in der schweizerischen Industrie.
Von Edmund Fischer. — Das Waimanifest des Internationalen
Sozialistischen Bureaus. — Die Waisfeier 1916. — Aus der Be-
wegung: Eine dringend nötige Auskunft. — Politische Rundschau.
Notizenteil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im
Ausland. — Frauenstimmrecht.

Friedensarbeit.

Mit knapper Not scheint die Reichsdiplomatie um die scharfe
Ecke eines ernststen Konflikts mit der nordamerikanischen Re-
publik herumgeegelt zu sein. Die schwere Sorge einer neuen
Erweiterung der furchtbaren Schrecken des Weltkriegs ist für
einen Augenblick gewichen. Doch falsch wäre es, sich in be-
ruhigte Stimmung zu wiegen. Der Reichstag und die Reichs-
regierung haben die augenblickliche Gefahr des Konflikts mit
der Formel über die Anwendung des „Völkerrechts“ auf den
U-Bootkrieg beschworen. Aber was ist heute „Völkerrecht“?
Was ist von diesem Begriff noch übriggeblieben, nachdem der
Weltkrieg zwei Jahre lang mit Schwert und Feuer zu Lande,
zu Wasser und in der Luft über alles hinwegstürmt, was als
heiligste Pflicht der Menschlichkeit, ehrwürdigste Sitte der
Kultur und verbrieftes internationales Vertragsrecht galt?

„Völkerrecht“ und Völkerkriechen vertragen sich überhaupt
miteinander wie Feuer und Wasser. Als die Bourgeoisie als
herrschende Klasse in Europa sich in den modernen Staaten
häuslich einzurichten begann, suchte sie auch in dem unge-
schlachten Wesen des mittelalterlichen Militarismus und des
Krieges eine gewisse „Ordnung“ zu schaffen. Die Barbarei des
Kriegsgemezels mußte zivilisiert, auf die Greuel und Ruinen
der Schlachten mußte die sanfte Passionsblume der christlichen
Menschenliebe gepflanzt, auf die der Kultur geschlagenen blu-
tenden Wunden mußte der Samariterverband der Rechtlich-
keit gelegt werden. Das „Völkerrecht“ ist zu ganzen Bänden
von Satzungen, Verträgen, Vereinbarungen gediehen, die den
Zweck hatten, dem bürgerlichen Liberalismus das stolze Be-
wußtsein zu geben, daß in der zivilisierten, fortschrittlichen
Neuzeit nicht wie in der rauhen Vorzeit blind und grausam,
sondern mit Rechtsatzungen und Varmherzigkeit gekriegt und
gejötet wird. Die Bourgeoisie brauchte hier wie in allen
Stücken ihrer Klassenherrschaft eine Form des Rechts, die
über den brutalen Inhalt hinwegtäuschte.

Nun kam der heutige Weltkrieg und ließ in kürzester Frist
von dem wohlgefalteten Bau des Völkerrechts nicht einen
Stein auf dem andern. Noch nie war der grausame Inhalt so
schroff aus allen umhüllenden Formen herausgetreten. Die
nie dargebotene technische Vervollkommnung der Kriegsmittel,
die die Grausamkeit des Kampfes über alle Begriffe steigern
und, jeden Tag durch neue Erfindungen bereichert, aller frü-
heren Satzungen und Vereinbarungen spotten; der Weltmaß-
stab des Krieges, der alle Großmächte in den Strudel des
blutigen Kampfes gerissen hat, so daß kein unbeteiligter
Richter oder Schwurzeuge des mit Füßen getretenen Rechts

auch nur mit moralischem Gewicht seine Stimme erheben
kann; vor allem aber der offenfundige Bankrott der höchsten
moralischen und politischen Autorität der Neuzeit, des inter-
nationalen Sozialismus: all das hat in diesem Kriege jegliche
Illusionen und Traditionen des „Völkerrechts“ zu Grabe ge-
tragen.

Die Geschehnisse der Völker wie der Klassen, der Krieg und der
Friede haben sich als nackte Machtfragen herausgestellt. Wer
die entfesselten Furien der imperialistischen Generalschlacht
mit den Schleierfäden des „Völkerrechts“ fesseln zu können
vermeint, könnte ebensogut den Orkan mit einem Schmetter-
lingnetz einfangen wollen. Jeder Krieg hat seine eigene Logik,
und vollends der heutige Krieg, der in die Tiefen der kapi-
talistischen Klassengesellschaft greift, hat Kräfte wachgerufen,
die den Drahtziehern der Weltgeschichte unheimlich über die
kleinen Köpfe gewachsen sind, ja mit jedem Tage mehr über
die Köpfe wachsen. Was der morgige Tag bringt, weiß heute
der weiseste Staatsmann so wenig wie der einfältigste Tür-
hüter am Portal eines Ministeriums.

Die Sicherheit des Friedens und die klare Berechnung der
Weltgeschehnisse sind erst dann möglich, wenn ein neuer, berech-
barer Machtfaktor im Weltkrieg mit ins Spiel kommt: Der
klare bewußte Wille der Völker. Wenn das sogenannte
„Völkerrecht“ aus einem für die Völker geschriebenen Mach-
werk diplomatischer Kanzleien zu einem von den Völkern zur
lebendigen Tat geschmiedeten Recht wird; wenn Menschlich-
keit, Recht, Kultur und Sitte nicht als Seidenbänder um die
mordspeienden Schlingen der Kanonen gewunden werden, son-
dern durch ihr Machtwort die Kanonen zum Schweigen
bringen: dann erst ist der Friede wirklich verbürgt. Nicht auf
die Antwortnoten aus Amerika lauschen, vielmehr auf die
Stimme der internationalen proletarischen Solidarität im
eigenen Herzen: das ist die Friedensarbeit für Männer und
Frauen des Volkes!

Die Frauenarbeit in der schweizerischen Industrie.

„Wenn wir heute mit gemischten Gefühlen zusehen, wie
sehr die wachsende kapitalistische Wirtschaftsweise um sich
greift und die Kleinen, die ihr im Wege stehen, verschlingt,
wie sie den größten Teil der Menschen proletarisiert durch die
Vernichtung von Kreisen, die sich vorher eines gewissen Wohl-
stands erfreuten, wenn wir sehen, wie sie vor keiner Schranke
halt macht und selbst die Familie nicht verschont, sondern mit
kalter Berechnung die Frau und Mutter aus ihrem häuslichen
Milieu herausreißt, um sie als Lohnarbeiterin in den alles
verschlingenden Produktionsmechanismus einzustellen, so
drängt sich uns die Frage auf, wie kam das und wird sich
dieser Moloch dauernd auch derjenigen, die bis dahin dem Pro-
duktionsprozeß fernstanden, der Frauen, bemächtigen können?“

Mit dieser Frage leitet Dr. Hans Kaufmann seine um-
fangreiche Abhandlung über die Frauenarbeit in der schweizeri-

zerischen Industrie" ein. Eine Antwort vermag er aber nicht zu finden. Er sieht zwar das zerstörende Wirken der kapitalistischen Produktionsweise, findet aber keinen Ausweg. Denn vom Sozialismus weiß er nicht mehr, als daß er „gewissermaßen ein Kasernenystem“ einführen wolle, und daß den „extremen sozialistischen Frauenrechtlerinnen“ der Frauenschutz nur als ein Mittel erscheine, „dessen sich die Männer bedienen, um ihre Konkurrenten loszuwerden...“ „Die Nachtarbeit werde den Frauen nur verboten, weil sie bessere Löhne gewähre, die die Männer für sich behalten wollen.“ So und ähnlich lauten die Ansichten, die in den Köpfen dieser Sozialreformer spuken. Bis heute sollen sich „diese sozialistischen Gesellschaftsformer allerdings nur wenig Anhang“ haben werben können. Wer solche Ansichten äußert, die die größte Unwissenheit verraten, von dem ist freilich nicht zu erwarten, daß er zur Klärung des Problems der industriellen Frauenarbeit beitragen könne. Aber lassen wir diese Ansichten beiseite. Neben ihnen enthält das im Seminar von Professor Dr. Sieveking entstandene Buch ein sehr reichhaltiges Material und gibt ein umfassendes Bild von der industriellen Frauenarbeit in der Schweiz.

Die besonderen Verhältnisse in der Schweiz haben auch eigenartige Erscheinungen der industriellen Frauenarbeit entstehen lassen. Durch den großen Fremdenverkehr finden viele Mädchen und Frauen in den Hotelsbetrieben und in anderen Gewerben, die dem Fremdenverkehr dienen, eine Beschäftigung, die angenehmer und lohnender ist als die Fabrikarbeit. Die Industriellen in der Schweiz empfinden deshalb einen Mangel an Fabrikarbeiterinnen. Die Textilindustrie, die allein deren etwa 65 000 bedarf, ist in wenigen Kantonen der Ostschweiz konzentriert, deren Arbeitskräfte den Bedarf bei weitem nicht decken. Die Zuwanderung von der übrigen Schweiz ist gering. Die Unternehmer suchen deshalb Arbeiterinnen aus dem Ausland, vor allem aus Italien herbeizuziehen. „Die Fabrik schickt entweder einen eigenen Agenten nach Italien auf das Land, wo er die Leute für seine Fabrik anwirbt und truppweise selber in die Schweiz führt, oder sie bedient sich eines italienischen Vermittlers, der ihr gegen Provision die Arbeitskräfte liefert.“ Dr. Kaufmann berichtet, daß in den Jahren 1908 und 1909, wo sich infolge einer Hochkonjunktur der Arbeiterinnenmangel sehr bemerkbar machte, die Zwirnereibesitzer Prämien ausgesetzt haben für Zuführung neuer Arbeitskräfte. Wer eine Arbeitskraft brachte, erhielt 10 Franken, wenn sie zwei Jahre blieb 20 Franken, drei Jahre 30 Franken, bis auf fünf Jahre 50 Franken, und zwar 5 Franken bei der Zuführung und den Rest nach der abgelaufenen Zeit.

Die auf diese Art zusammengetriebenen und verschächerten modernen Sklavinnen erwartet in der Schweiz kein angenehmes Los. „Von einheimischen Familien meist gar nicht aufgenommen, wären sie (die jungen Italienerinnen) gezwungen, bei ihren Landsleuten Unterkunft zu suchen, die in sehr vielen Fällen danach trachten, diese wehrlosen Opfer nach Möglichkeit auszubeuten.“ Die Unternehmer haben nun bei ihren Fabriken „Arbeiterinnenheime“ errichtet, deren es im Jahre 1911 in der Schweiz 57 gab, in denen 3502 Arbeiterinnen, darunter 2182 Ausländerinnen, untergebracht waren. Mit solchen Einrichtungen werden die Arbeiterinnen fester an die Fabrik gefesselt, dem Unternehmer völlig ausgeliefert. Und Dr. Kaufmann stellt fest, daß diese Anstalten „den Italienerinnen eine annähernd gleiche Lebenshaltung ermöglichen wie in ihrem Heimatland, ein äußerst wichtiger Umstand, angesichts der sehr niedrigen Löhne.“ Da diese Mädchen aus den ärmsten Gebieten Italiens kommen, wo ihre Lebenshaltung die denkbar niedrigste war, so kann man sich vorstellen, wie diese „annähernd“ gleiche Lebenshaltung beschaffen sein mag!

Die italienische Regierung hatte nun einige Zeit, bevor Dr. Kaufmann seine Studie verfaßte, Maßnahmen ergriffen,

* Züricher volkswirtschaftliche Studien. Erstes Heft. Zürich und Leipzig 1915, Verlag von Rascher & Cie.

um diesen Sklavenhandel einzuschränken, zumal da die Unternehmer in Norditalien selbst nach diesen billigen Arbeitskräften trachteten. Ein Erlass der italienischen Regierung ordnete eine strenge Überwachung der Emigration ins Ausland an und bestimmte, daß die Erlaubnis zur Anwerbung von Arbeiterinnen nur nach Vorlegung eines vollständigen Vertrags erfolgen darf, aus dem ersichtlich sein muß: 1. Die engagierende Firma, der Name der zur Vermittlung beauftragten Person. 2. Dauer des Vertrags und die tägliche Arbeitszeit. 3. Der zugesicherte Mindestlohn; der für allfällige Überstunden zu berechnende Lohn. 4. Die Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnisse. 5. Die Befugnis des italienischen Konsuls oder eines Auswanderungsinspektors, die Fabrik sowohl als auch die Unterkunftslokale jederzeit besichtigen zu dürfen. 6. Die Art und Weise, wie Streitigkeiten zwischen den Fabrikanten und der Arbeiterin erledigt werden.

Wie furchtbar muß die Lage der italienischen Arbeiterinnen in den schweizerischen Fabriken gewesen sein, daß schon diese wenig sagenden Bestimmungen der Anwerbung große Schwierigkeiten bereitet haben! Die Fabrikanten in der Schweiz versuchten nun, Arbeiterinnen aus slawischen Ländern heranzuziehen. So ließ sich eine Fabrik 20 Mazedonierinnen kommen und quartierte sie in ihrem Arbeiterinnenheim ein. Diese Mädchen, denen die erheblichen Reisekosten am sehr niedrigen Lohne ratenweise abgezogen wurden, haben aber die Ausbeutung nicht ruhig ertragen. Einer der „weißen Sklavinnen“ gelang es, nach Zürich zu entfliehen, und die Presse ist dann sehr scharf gegen diese Art der Sklaverei aufgetreten.

Trotz des Mangels an Arbeiterinnen nimmt die industrielle Frauenarbeit auch in der Schweiz fortgesetzt zu und erobert sich immer weitere Gebiete. Diejenigen Erwerbsarten, in denen ausschließlich Männerarbeit herrscht, werden seltener und seltener. Im Jahre 1901 waren in 12,7 Prozent, 1911 nur noch in 7,5 Prozent aller Industriezweige keine Frauen beschäftigt. Aber die Zahl der Fabrikarbeiterinnen wuchs doch nicht in dem Maße, wie man nach den Ergebnissen der ersten Jahrzehnte hätte erwarten können. Die Frauenarbeit entwickelte sich außerdem sehr ungleichmäßig. In den einen Arbeitsgebieten geht sie zurück, in den andern macht sie Fortschritte. Der Prozentsatz der weiblichen Arbeiter betrug in der

	1901	1911
Baumwollspinnerei	50,9	55,7
Baumwollweibweberei	70,2	71,6
Punkweberei	65,8	64,6
Seidenindustrie	74,1	75,4
Wollenindustrie	58,8	58,9
Leinenindustrie	60,7	56,3
Stiderei	60,2	62,1
Nahrungsmittelindustrie	48,0	48,4
Chemische Industrie	14,9	13,3
Papierfabrikation und graphische Gewerbe	25,7	27,1
Buchdruckerei	15,6	16,3
Holzbearbeitung	1,9	1,8
Metallbearbeitung	6,7	6,2
Gießerei und Maschinenbau	1,4	2,4
Bijouterie, Uhrenindustrie	30,1	38,8
Uhlensteinfabrikation	50,2	62,9
Industrie der Erden und Steine	3,4	5,5
Ziegelei	4,0	5,0

Nach der eidgenössischen Fabrikstatistik vom 5. Juni 1911 gab es in der Schweiz 117 764 Arbeiterinnen, von denen 28 332 Besorgerinnen eines eigenen Hauswesens waren, gegen 211 077 männliche Fabrikarbeiter. Die Fabrikarbeit der Frauen ist also auch in der Schweiz umfangreich genug und nimmt in den meisten Berufszweigen noch zu. Immerhin konnte jedoch eine relative Abnahme der industriellen Frauenarbeit verzeichnet werden. Nach der eidgenössischen Fabrikstatistik vom Jahre 1911 betrug der Zuwachs der Arbeiter in Prozent:

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
1882 bis 1888	22,5	12,9	18,0
1888 - 1895	38,2	11,1	26,4
1895 - 1901	26,0	14,0	21,1
1901 - 1911	40,5	27,7	35,5

Der Zuwachs der Arbeiterinnen ist also nicht in dem gleichen Verhältnis erfolgt, wie derjenige der Gesamtarbeiterschaft, sondern er ist schwächer. Daher kommt es auch, daß der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Gesamtarbeiterzahl von einer Fünftelung zur andern kleiner geworden ist. Er betrug in den Jahren der Erhebungen 48 Prozent, 45,8 Prozent, 40,5 Prozent, 38,1 Prozent und stand bei der letzten Fünftelung auf 35,8 Prozent.

Diese Entwicklung bedeutet aber nichts weniger als ein Rückgang der weiblichen Berufstätigkeit überhaupt. In keinem anderen Lande sind die Vorbedingungen zur Ausbreitung der Hausindustrie so gegeben wie in der Schweiz, wo die Berge mit „Heimli“ besät sind, deren Bewohner irgend einer Heimarbeit den Vorzug geben vor der Beschäftigung in einer stundenweit entlegenen Fabrik. Kein Wunder daher, daß in der Schweiz rund 100 000 Frauen in der Hausindustrie tätig sind gegen nur etwa 33 000 Männer. Und der übrige Teil der Frauen und Mädchen, die auf Erwerb gegen Lohn angewiesen sind, finden eine Unterkunft in den Gewerben, die dem Fremdenverkehr ihre Existenz verdanken. Deshalb steht es fest, daß die weibliche Berufstätigkeit heute auch in der Schweiz allgemein ist, die doch im großen ganzen noch nicht ein eigentliches Industrieland genannt werden kann. Es zeigte sich keine Erscheinung, aus der geschlossen werden konnte, daß sich bereits eine Abnahme der Frauenarbeit bemerkbar machte. Umgekehrt hat seither der Krieg mit seinen Folgen auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der neutralen Schweiz derart zurückgewirkt, daß dort wie in andern Ländern ein ganz erhebliches Anwachsen der Erwerbsarbeit der Frauen zu den hervorsteckendsten Zügen der Zeit gehört. Edmund Fischer, Mitglied des Reichstags.

Das Manifest des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Unter dem Druck der wachsenden proletarischen Friedensbewegung hat sich das Internationale Sozialistische Bureau, zurzeit im Haag, veranlaßt gesehen, zum 1. Mai ein Manifest an die angeschlossenen Parteien zu erlassen. Das Bureau sucht in diesem Dokument seine bisherige Untätigkeit dem gewaltigen geschichtlichen Geschehen gegenüber zu rechtfertigen, nimmt gegen die grundsätzlich-sozialistische Aktion derer um Zimmerwald Stellung, faßt einzelne Punkte möglicher Verständigung der offiziellen sozialistischen Parteien ins Auge und beruft eine Sitzung der Delegierten aus den neutralen Ländern ein. „Am traditionellen ersten Mai“, so beginnt die Kundgebung, „demonstriert das Proletariat für den Frieden. Wir stehen heute im 637. Tage des Weltkriegs, und die Arbeiter, die sich gezwungen sahen, auf den Schlachtfeldern gegeneinander zu kämpfen, vertreten trotz der bürgerlichen Klassen die Idee, eine Welt zu schaffen, in der das Recht an Stelle der Gewalt tritt. Unsere Tätigkeit ist unabhängig von diesem Gedanken geleitet worden.“ In dem Manifest wird ausgeführt: „Das Exekutivkomitee des Internationalen Bureaus hat keinen Augenblick aufgehört in den Grenzen der Möglichkeit (Aber was ist möglich? Red. der „Gleichheit“) die Aufgaben zu erfüllen, die uns von den internationalen Kongressen aufgetragen worden sind. Wir haben die Verbindungen aufrechterhalten zwischen der Zentrale und den angeschlossenen Parteien. Diese haben in den Konferenzen von Kopenhagen, London und Wien bekräftigt, daß sie dem leitenden Gedanken unserer internationalen Resolutionen treu bleiben.“

Das Exekutivkomitee verbreitet sich hierauf über die Frage, warum es bisher geögert habe, eine Sitzung des Internationalen Bureaus einzuberufen. Dies hätte nur geschehen können unter Zustimmung und Mitwirkung aller in Frage kommenden Parteien. Seine „vorsichtige Haltung“ habe

es der Kritik ausgesetzt. Ungeduldige Genossen hätten „die Taktik der Zersplitterung“ in die Internationale getragen und eigenmächtig erklärt, die zweite Internationale sei untergegangen. Die nämlichen Genossen kündigten die Entstehung einer dritten Internationale an, die jedoch nicht durch die Parteien der großen Länder anerkannt sei, „ohne welche eine Internationale keine Lebenskraft haben könne“. Die Erfahrung habe bereits gelehrt, daß die Auffassung des Bureaus richtig gewesen sei. „Zum Ärger“ der Minderheiten habe die Internationale keinen Augenblick aufgehört, zu wirken. „Die Parteien haben ihr Auftreten fortgesetzt in der Richtung ihrer Entwicklung“, sie hätten dabei mit großen und verworrenen Mühseligkeiten zu kämpfen gehabt, je nach der Verantwortlichkeit. Diese Parteien seien mit dem Exekutivkomitee der Meinung, daß das ausführende Komitee sich nicht anmaßen möge, als Richter gegen die Parteien aufzutreten oder zu handeln ohne sie oder aber sich auf ihre Plätze zu stellen. Das Komitee ist und muß bleiben ein „Band zwischen den Parteien“. —

Das Manifest kommt dann auf die Frage des Friedens zu sprechen. Die Uneinigkeit zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Parteien gipfelle in der Frage des Zeitpunkts für den Friedensschluß. Die einen wollen den Frieden sofort und um jeden Preis, den anderen dünkt der Augenblick verfrüht, nicht weil sie keinen Frieden wollen, sondern weil ihnen ein Friede im jetzigen Augenblick zu wenig dauerhaft erscheine. Das Komitee meint, der Unterschied zwischen beiden Richtungen bestehe darin, daß die ersten vor allem diesen Krieg beenden wollen, während es den anderen darauf ankomme, Kriege auch in Zukunft unmöglich zu machen. In einem Punkte sei jedoch Einigkeit vorhanden, nämlich daß die Welt sich Rechenschaft geben müsse über das Endziel des Krieges. Das Proletariat müsse Einfluß gewinnen auf die Vorbedingungen des Friedens, denn der Inhalt des Friedens sollte die politischen Verhältnisse der Zukunft und damit das Schicksal des kommenden Geschlechts bestimmen.

Der Friede von morgen dürfe nicht den Keim zu neuen Konflikten enthalten. Dem militärischen Krieg dürfe kein ökonomischer Krieg folgen. Daran und an der Demokratisierung Europas habe die Arbeiterklasse das allergrößte Interesse. Mit doppelter Kraft müsse sie sich der geheimen Diplomatie entgegen setzen. Der Friede dürfe nicht ausschließlich durch die Regierungen diktiert werden. Das Exekutivkomitee fordert daher alle angeschlossenen Parteien ohne Ausnahme auf, sich unverzüglich Rechenschaft zu geben von den politischen Aufgaben, die nach ihrer Meinung bei den Friedensbedingungen eine Lösung verlangen. Um diese Feststellung vorzubereiten, beruft das Exekutivkomitee eine Zusammenkunft der Abgeordneten der angeschlossenen sozialistischen Parteien und Arbeiterparteien der neutralen Länder auf den 26. Juni 1916 nach dem Haag. Der Tag ist festgelegt auf Ersuchen der sozialistischen Parteien der Vereinigten Staaten und Argentiniens. Das Manifest schließt mit dem Aufruf:

„Kameraden! Der Krieg hat in den Reihen des sozialistischen Proletariats ernste Konflikte verursacht. Demgegenüber wird es mit jedem Tage deutlicher, daß der Kapitalismus verstärkt aus dem Kriege hervorgehen wird. Um dieses System zu überwinden und die Arbeiterklasse zu befreien, ist es notwendig, daß die Proletarier aller Länder ohne Unterschied der Klasse und der Nation sich wieder zusammenfinden.“

Das Manifest des Internationalen Sozialistischen Bureaus redet zwei Sprachen. Es ist herausgeputzt mit Worten, die den Ideinhalt des Sozialismus widerspiegeln sollen. Aber es offenbart Tatsachen, die zum Geiste des Sozialismus in striktem Widerspruch stehen. Das Exekutivkomitee des Internationalen Bureaus erklärt, Leitstern der proletarischen

Klassenbewegung sei die Idee, eine Welt zu schaffen, in der das Recht an Stelle der Gewalt tritt; es behauptet, von diesem Gedanken sei seine Tätigkeit unablässig geleitet worden. Aber die Tätigkeit des Bureaus bestand in Untätigkeit. Es schwieg dazu, als in kriegsführenden Ländern an Stelle der internationalen Arbeiterolidarität die nationale Klassenharmonie verkündet wurde. Es schwieg dazu, als unter der Losung nationaler Verteidigung sozialistische Parteien auf jede selbständig-proletarische Politik verzichteten. Es schwieg dazu, als mit der Predigt des Evangeliums vom Durchhalten an der Seite der Kapitalisten aller Länder die furchtbare Völkerzerfleischung ins Unabsehbare gesteigert und verlängert wurde. Es ist Dreistigkeit und Heuchelei, zu behaupten, daß eine „Tätigkeit“, die das alles widerspruchslos geschehen ließ, von dem internationalen proletarischen Maßgedanken beseelt sei.

Es ist dieselbe Heuchelei, wenn versichert wird, die großen angehängten Parteien seien wie das Exekutivkomitee den „leitenden Gedanken der internationalen Resolutionen“ treu geblieben. Es ist aber der Gipfel, wenn die Konferenzen von Wien und London als Beweis dafür herangezogen werden. Was haben diese Konferenzen von Entente- oder Dreibundsozialisten gemein mit den Internationalen Sozialistischen Kongressen von Stuttgart, Kopenhagen, Basel? Sie vertraten das genaue Gegenteil der dort niedergelegten Richtlinien. Sie waren in der Wirkung nichts anderes als die Versiegelung der neuen Politik nationaler Solidarität an Stelle der internationalen, des Willens zum Durchhalten an Stelle des Friedenswillens, des Mißtrauens gegen die Bruderparteien an Stelle des Vertrauens und gemeinsamen Handelns.

Wenn das Exekutivkomitee bis heute gezögert hat, das Internationale Bureau in Tätigkeit treten zu lassen, so hat es freilich nur konsequent gehandelt von seinem Standpunkt aus. Es hat sich damit begnügt, wie die Kurie in Rom für die katholische Christenheit, so für das Proletariat „das geistige Band“ zu bilden, das heißt eine zentrale Stelle für einige unverbindliche Lastversuche. Wie sollten sich auch Vertreter der national gewordenen Parteien unter den Stürmen des Weltkriegs an einen Tisch setzen können, um Richtlinien für internationale proletarische Friedensarbeit aufzustellen? Und wenn sie zusammensäßen, wäre eine solche Sitzung im Zeitalter des Bürgerfriedens nicht alles andere, nur nicht eine Auseinandersetzung von Genossen, die selbständige sozialistische Politik treiben? Müßte nicht jeder die Gesichtspunkte festhalten, die ihm von der Rücksicht auf seine „nationale Verteidigung“ vorgegeschrieben werden? Würde sich eine solche Konferenz nicht von selbst verwandeln in eine unverbindliche Aussprache zwischen mehr oder weniger offiziellen Vertretern bürgerlicher Regierungen?

Angeichts der vom Krieg geschaffenen Tatsachen nennt das Manifest alle diejenigen Zersplitterungstaktiker, die die Aufkündigung der nationalen Klassenharmonie zur Voraussetzung fruchtbarer internationaler Friedensarbeit machen. Haben diese Genossen nicht lange genug die großen Parteien vergeblich zur Umkehr gemahnt und von dem Internationalen Bureau die erlösende Parole erhofft? Freuen wir uns, daß sie den Mut und die Entschlossenheit gefunden haben, den Kern höher zu stellen als die Schale und nicht mehr zu warten, bis die schlafenden Führer aufwachen und Öl auf ihre erloschenen Lampen gießen. Damit neben dem Tragischen das Lächerliche nicht fehle, erlaubte sich das Manifest den Scherz zu schreiben: „Zum Arger dieser Genossen“ habe die zweite Internationale nie aufgehört zu wirken. Die Parteien hätten ihr Auftreten während des Krieges „in der Richtung ihrer Entwicklung“ fortgesetzt. Worin das Fortwirken bestand, haben wir oben angedeutet. Aber darin hat das Manifest recht: die nationalistisch gewordenen Parteien haben sich wirklich nur „in der Richtung ihrer Entwicklung“ weiterbewegt. Die längst begonnene innere Zersetzung ist nach außen in Erscheinung getreten. Denn auch Verwerfung ist eine Art Entwicklung.

„Nur“ über den Zeitpunkt des Friedens bestehe Uneinigkeit zwischen den Parteien, sagt das Manifest. Und wegen dieses Zeitpunktes sollten sozialistische Parteien sich nicht einigen können? Was liegt in Wirklichkeit den verschiedenen Auffassungen des Zeitpunktes zugrunde? Warum spielt der Zeitpunkt eine so entscheidende Rolle? Die Zeitpunktsfrage ist doch nichts anderes als der Ausdruck für die unvereinbare Gegensätzlichkeit der imperialistischen Kriegsziele, für die Fragen nach Grenzsicherung, Kolonialbesitz, Wahrung sogenannter Entwicklungsmöglichkeiten und so fort. Diese imperialistischen Gegensätze verlieren nichts von ihrem unverjöhnlichen und habgierigen Charakter, auch wenn sie mit Phrasen verkleidet werden wie Demokratisierung Europas, Zerstörung des Militarismus, Freiheit der Meere und so fort. Auch die alte Utopie von dem „dauerhaften Frieden“ unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems treibt sich im Manifest gespensterhaft herum. Es stellt sich ja auf den Boden derer, die nicht nur den jetzigen Krieg beenden, sondern mit einem Schläge auch jeden zukünftigen Krieg unmöglich machen wollen, und die deshalb — den Zeitpunkt für einen Friedensschluß nicht für geeignet halten. Den Zeitpunkt für einen dauernden Völkerfrieden will man also erwarten mit dem Schwert in der Hand und im Gefolge seiner Bourgeoisie, unter der Leitung der kapitalistischen Regierungen, von denen man demokratisches Gnadenbrot hofft und in deren Ressorts sozialistische Geiseln sitzen.

Die Maifeier 1916.

Schon zum zweitenmal hat sich unter Kanonendonner und Kriegsgeschrei der Weltfeiertag des um seine materielle wie geistige Erlösung ringenden Proletariats gefeiert. Trotz aller Verwirrung und Zersplitterung, trotz Fesseln und niederdrückendem Elend ist er nicht ganz spurlos an den arbeitenden Massen vorbeigegangen. Wo immer es Sozialisten gibt, die sich ihrer alten Ideale und Grundsätze bewußt geblieben sind, da haben sie wenigstens den Versuch gemacht, an diesem Tage der Welt zu zeigen, daß der Gedanke der proletarischen Völkerbrüderung trotz allem Hoh und Streit der Machthaber und Verblendeten keine überwundene Phantasterei ist, daß der Baum des Sozialismus, obwohl vom Miß getroffen und zerspalten, doch von neuem grünt und blühende Reizenreifer hervorreibt. In den neutralen Ländern, wo von eisernem Druck des Belagerungszustandes frei die Arbeiterklasse größere Bewegungsmöglichkeiten besitzt, hat die Maifeier naturgemäß den Charakter öffentlicher und imponierender Friedensdemonstrationen getragen.

In der Schweiz fanden, wie es sich gehört, an allen Orten Festversammlungen und Demonstrationsumzüge statt. Die Beteiligung war, wie die Parteipresse mitteilt, weit reger als im Vorjahr, ein Zeichen, wie sehr die grundsätzlich geklärte Stellungnahme der dortigen Partei die Massen aufzurütteln und mitzureichen beginnt. Nur eine Partei, die sich rührt und kämpft, die sich hohe Ziele steckt und mit Entschiedenheit dafür eintritt, die das Kompromiß verwirft und Klarheit will: nur eine solche Partei wird die Massen hinter sich haben. — Auch in der Hauptstadt Rumänien haben die Sozialdemokraten den Tag nicht verstreichen lassen, ohne ihn für den Kampf gegen die Kriegsbeher und für den Frieden energisch auszunützen. Es hat eine öffentliche Versammlung dort stattgefunden, an die sich Straßenkundgebungen gegen den Krieg angeschlossen. Die Demonstration ist ohne Zwischenfälle verlaufen. In der Hauptstadt Spaniens, in Madrid, hat die Gewerkschaftsunion der Arbeitergruppe eine bedeutende Kundgebung in den Hauptstraßen veranstaltet.

Die Maidemonstrationen des holländischen Proletariats galten dieses Jahr in erster Linie dem Friedensgedanken, weiterhin der Aktion gegen die Teuerung, für die Altersversorgung und für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen. In allen größeren Orten und vielen kleineren fanden Versammlungen statt, in einigen auch Straßenumzüge, zu deren Organisation sich die Arbeiterpartei und die im niederländischen Fachverband vereinigten Gewerkschaften verbunden hatten. Besonders eindrucksvoll war der Demonstrationzug in Amsterdam, der etwa 15 000 Teilnehmer zählte. Viel bemerkt wurden die in diesem Friedenszug mitmarschierenden Soldaten. Abends waren die drei größten Säle Amsterdams überfüllt. Eindrucksvoll waren auch die Demonstrationen in Haag und in Rotterdam. Gleich-

zeitig mit dem Matumzug der Arbeiterpartei marschierte durch die Straßen Amsterdams der von den Revolutionären organisierte Matumzug. Er hatte 2000 Teilnehmer. Bedeutend zahlreicher war das Publikum in den Abendveranstaltungen, nach denen ein zweiter Matumzug veranstaltet wurde.

In den kriegsführenden Ländern war die Maiseier, soweit politische Kundgebungen in Betracht kommen, durch Zensur und Militärdiktatur behindert. Trotzdem haben vielerorts entschlossene Sozialisten es sich nicht nehmen lassen, ihrem Friedenswillen, ihrer Gegnerschaft wider den imperialistischen Weltkrieg Ausdruck zu geben. Wo das nicht möglich war, hat man sich wenigstens versammelt und in geschlossenem Kreise sich gegenseitig zum Kampf um den Sozialismus und den Frieden angefeuert. So in Italien, wo die Maiseier nach den Berichten aus den großen italienischen Städten im allgemeinen ruhig verlief. In Mailand zogen eine Anzahl Frauen auf den Domplatz mit dem Rufe: „Es lebe die sozialistische Revolution, es lebe die Internationale!“ Nach bürgerlichen Berichten hat die Polizei einige Verhaftungen vorgenommen und weitere Kundgebungen verhindert. Die Maiseiernummer des „Avanti“ ist in ihrem wichtigsten Teil der Zensur zum Opfer gefallen. Sie hat alle Hinweise, die sich auf den Krieg oder den Wunsch nach einem baldigen Friedensschluß beziehen, gestrichen. In den Ausgaben vom 3. und 4. Mai bringt der „Avanti“ Berichte über Maiseiern aus rund hundert Orten des Landes. Es ist anzunehmen, daß eine große Anzahl von Berichten außerdem von der Zensur gestrichen worden sind. Der „Avanti“ zieht aus dem Verlauf des 1. Mai den Schluß: „Im ganzen ist die Kundgebung überall in einer unsere eigenen Erwartungen übertreffenden Weise gelungen, ein klares Zeichen dafür, daß die Seele des Volkes immer noch ganz mit uns ist, und daß der Tag nicht fern ist, an dem die Internationale durch das Werk und den Willen des Proletariats ihre höchste und bedeutendste Vergeltung haben wird.“

Aus Frankreich liegen genaue Berichte über den Verlauf des Tages noch nicht vor. Die Confédération Générale du Travail — der Gewerkschaftsverband — beschloß, aus Gründen der Kriegsführung den 1. Mai nicht zu feiern. Für den Abend waren zahlreiche Arbeiterveranstaltungen angekündigt. Am 30. April tagte in Paris der Kongreß der Union des Syndikats der Seine, die folgende Entschliebung annahm:

„Die organisierten Arbeiter des Seine-Departements bekräftigen an diesem Tage der Arbeiterkundgebungen der ganzen Welt ihre unerschütterliche Zugehörigkeit zur proletarischen Internationale.“

Der gegenwärtige Krieg, der ihnen durch eine auf Eroberungen und Herrschaft begierige Klasse trotz ihrer friedlichen Anstrengungen auferlegt wurde, läßt sie weder ihre Hoffnungen auf die menschliche Brüderlichkeit noch ihr Ideal der gesellschaftlichen Umwandlung aufgeben. — (Folgt Zensurlücke von sechs Zeilen.)

Dieser Krieg muß der letzte der Kriege sein, und er muß deshalb zum Ziele haben:

1. Die Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit der Völker;
2. die Unterdrückung jeder geheimen Diplomatie;
3. die Begrenzung der Rüstungen als Maßnahme, die die allgemeine Abrüstung vorbereiten soll;
4. die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts für alle Konflikte zwischen Nationen.

Aber die gegenwärtigen Schrecken hinweg richten sie an ihre mobilisierten Kameraden den Ausdruck ihrer brüderlichen Gefühle, versichern ihnen, auf dem gewerkschaftlichen Gebiet eng zusammengeschlossen zu bleiben, um ihnen ihre Organisationen zu bewahren, ihre Klasseninteressen zu schützen.

Sie senden den Müttern, Witwen und Waisen ihrer toten Kameraden ihre Gefühle bewegter Teilnahme, ihnen versichernd, keine Anstrengung zu scheuen, daß sie die Kompensationen erhalten, die ihnen geschmähtig von der Regierung zustehen.

Sie drücken die Hoffnung aus, daß dieser Krieg bald sein Ende sieht, daß im Frieden das Recht über die brutale Gewalt triumphiert, damit die wieder versöhnten, auf immer in der Föderation der Vereinigten Staaten der Welt vereinigten Völker in einer Internationalen der Tat und der Ideen ihren Vormarsch wieder aufnehmen können im Sinne einer friedlichen und menschlichen Entwicklung.

Sie senden ihren brüderlichen Gruß den Proletariern der ganzen Welt und gehen auseinander mit dem Rufe: Es lebe der Syndikalismus! Es lebe die Arbeiterinternationale!

Das von der französischen Zensur Gestrichene lautet: „Die organisierten Arbeiter von Paris und Umgebung be-

anspruchen für sich das Recht, mit lauter Stimme ihren Willen zu bekunden, daß sie sich jedem Gedanken einer Verstärkung der deutschen Nation widersetzen, ebenso wie gegen jeden Plan einer gewaltsamen Eroberung, die unvermeidlich zur Vorbereitung einer neuen Abschachtung unter den Völkern führen würde.“

In Deutschland fanden Mitgliederveranstaltungen der Organisationen statt, wo immer die Möglichkeit dazu vorhanden und die organisierte Arbeiterschaft sich ihrer sozialistischen Aufgaben bewußt geblieben war. Leider sind nur recht wenig Berichte darüber erschienen. In Bremen sprach Reichstagsabgeordneter Henke laut „Bremer Bürgerzeitung“ wies er darauf hin, daß die Internationale nicht tot sei, daß in allen Ländern Minderheiten entstanden seien, die die Rückkehr zum Gedanken der internationalen sozialistischen Arbeitersolidarität vertreten. Wenn die Führer der alten, der zweiten Internationale im kritischen Augenblick versagt haben, so tragen nicht nur sie die Schuld, sondern auch die Massen, die sie zu Führern gewählt haben. Die neue Internationale müsse in Kopf und Herz der Arbeitermassen selbst sitzen, die Arbeiter müssen die Triebkräfte der Produktion in ihren Dienst zwingen, dann werden wir weder Krisen noch Kriege haben. — Gut besuchte Versammlungen fanden in Braunschweig, in Gana und Jena statt. In der letzteren Stadt sammelten sich spontan Scharen von Kriegerfrauen und Arbeitern, um nach Arbeitsbeschluß einen Matumzug durch die Stadt zu veranstalten. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Auch in Berlin scharten sich Genossen und Genossinnen zusammen, um dem proletarischen Matgedanken öffentlich Ausdruck zu geben. Bei dieser Gelegenheit fand die Verhaftung des Genossen Liebnicht statt. Eine Reihe Organisationen mußte sich mit Ausflügen und geselligen Veranstaltungen begnügen. Es hat sich gezeigt, daß überall da, wo die Arbeiterschaft sich ihrer alten Ziele wieder bewußt geworden ist, auch der Matgedanke des internationalen Proletariats neuen Inhalt und lebendige Kraft gewonnen hat.

Aus der Bewegung.

Eine dringende nötige Auskunf. Fast in allen Parteiorganisationen wird lebhaft Klage geführt, daß so viele weibliche Mitglieder ihnen den Rücken kehren. Es ist traurig, daß in der Zeit, wo zahlreiche Genossen nicht unter uns sein und wirken können, die Frauen fahnenflüchtig werden, die nun eigentlich die Partei zusammenhalten sollten. Alle Gründe, die in den einzelnen Organisationen dafür angegeben werden, können uns über die Tatsache selbst nicht beruhigen. Es muß auf Mittel und Wege gesonnen werden, der Fahnenflucht Einhalt zu tun und die Werbekraft der Sozialdemokratie auf die Frauen zu erhöhen.

Meiner Meinung nach hätte daher schon längst unter den führenden Genossinnen eine Zusammenkunft stattfinden müssen, um über die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu beraten, wie über Maßnahmen, die weiblichen Parteimitglieder festzuhalten und zu schulen. Im Jahre 1913 hat die letzte Frauenkonferenz stattgefunden. Seither ist eine viel zu lange Zeit ohne eine Aussprache der führenden Genossinnen im ganzen Reich verstrichen, eine Aussprache, die durch die Bezirkskonferenzen nicht ersetzt werden kann. Der Anschluß des weiblichen Proletariats an die Partei ist noch zu jung, als daß die proletarische Frauenbewegung eine so große Spannezeit ohne gründliche allgemeine Beratung bleiben könnte.

Auf der Nürnberger Frauenkonferenz wurde nachdrücklich betont, daß es notwendig sei, den Parteivorstand durch ein weibliches Mitglied zu erweitern, damit die Verbindung der organisierten Genossinnen mit der Partei befestigt und die Agitations- und Erziehungsarbeit unter den Proletarierinnen kräftig gefördert werden sollte. Eine Hauptaufgabe der Genossin im Parteivorstand sollte es also mit sein, die proletarische Frauenbewegung an Umfang und Klarheit weiter zu entwickeln. Wie kommt es nun, daß wir nichts davon sehen und hören, welche Mittel unser weibliches Parteivorstandsmitglied vorschlägt, um die jetzigen schwierigen Verhältnisse zu bessern? Wie kommt es, daß wir nichts darüber erfahren, ob unsere Vertreterin im Parteivorstand eine Zusammenkunft der führenden Genossinnen aus dem ganzen Reich angeregt hat? Wenn nicht, warum unterblieb es, und wenn ja, warum wird vom Parteivorstand keine Konferenz einberufen? Es muß unter allen Umständen eine Aussprache der Genossinnen herbeigeführt werden. Damit warten, bis der größte Teil der weiblichen Mitglieder der Partei verlorengegangen ist, wäre das verheerendste, was man tun könnte. Auskunf ist dringend nötig. Marg. Wengels, Berlin.

Klassenbewegung sei die Idee, eine Welt zu schaffen, in der das Recht an Stelle der Gewalt tritt; es behauptet, von diesem Gedanken sei seine Tätigkeit unablässig geleitet worden. Aber die Tätigkeit des Bureaus bestand in Untätigkeit. Es schwieg dazu, als in kriegsführenden Ländern an Stelle der internationalen Arbeiter-solidarität die nationale Klassenharmonie verkündet wurde. Es schwieg dazu, als unter der Losung nationaler Verteidigung sozialistische Parteien auf jede selbständig-proletarische Politik verzichteten. Es schwieg dazu, als mit der Predigt des Evangeliums vom Durchhalten an der Seite der Kapitalisten aller Länder die furchtbare Völkerzerfleischung ins Unabsehbare gesteigert und verlängert wurde. Es ist Dreistigkeit und Heuchelei, zu behaupten, daß eine „Tätigkeit“, die das alles widerspruchlos geschehen ließ, von dem internationalen proletarischen Mai-gedanken besetzt sei.

Es ist dieselbe Heuchelei, wenn versichert wird, die großen angeschlossenen Parteien seien wie das Exekutivkomitee den „leitenden Gedanken der internationalen Resolutionen“ treu geblieben. Es ist aber der Gipfel, wenn die Konferenzen von Wien und London als Beweis dafür herangezogen werden. Was haben diese Konferenzen von Entente- oder Dreibundsozialisten gemein mit den Internationalen Sozialistischen Kongressen von Stuttgart, Kopenhagen, Basel? Sie vertraten das genaue Gegenteil der dort niedergelegten Richtlinien. Sie waren in der Wirkung nichts anderes als die Besiegung der neuen Politik nationaler Solidarität an Stelle der internationalen, des Willens zum Durchhalten an Stelle des Friedenswillens, des Mißtrauens gegen die Bruderparteien an Stelle des Vertrauens und gemeinsamen Handelns.

Wenn das Exekutivkomitee bis heute gezögert hat, das Internationale Bureau in Tätigkeit treten zu lassen, so hat es freilich nur konsequent gehandelt von seinem Standpunkt aus. Es hat sich damit begnügt, wie die Kurie in Rom für die katholische Christenheit, so für das Proletariat „das geistige Band“ zu bilden, das heißt eine zentrale Stelle für einige unverbindliche Lastverläufe. Wie sollten sich auch Vertreter der national gewordenen Parteien unter den Stürmen des Weltkriegs an einen Tisch setzen können, um Richtlinien für internationale proletarische Friedensarbeit aufzustellen? Und wenn sie zusammensäßen, wäre eine solche Sitzung im Zeitalter des Burgfriedens nicht alles andere, nur nicht eine Auseinandersetzung von Genossen, die selbständige sozialistische Politik treiben? Müßte nicht jeder die Gesichtspunkte festhalten, die ihm von der Rücksicht auf seine „nationale Verteidigung“ vorgeschrieben werden? Würde sich eine solche Konferenz nicht von selbst verwandeln in eine unverbindliche Aussprache zwischen mehr oder weniger offiziellen Vertretern bürgerlicher Regierungen?

Angeichts der vom Krieg geschaffenen Tatsachen nennt das Manifest alle diejenigen Zersplitterungstaktiker, die die Aufkündigung der nationalen Klassenharmonie zur Voraussetzung fruchtbarer internationaler Friedensarbeit machen. Gaben diese Genossen nicht lange genug die großen Parteien vergeblich zur Umkehr gemahnt und von dem Internationalen Bureau die erlösende Parole erhofft? Freuen wir uns, daß sie den Mut und die Entschlossenheit gefunden haben, den Kern höher zu stellen als die Schale und nicht mehr zu warten, bis die schlafenden Führer aufwachen und Öl auf ihre erloschenen Lampen gießen. Damit neben dem Tragischen das Lächerliche nicht fehle, erlaubte sich das Manifest den Scherz zu schreiben: „Zum Arger dieser Genossen“ habe die zweite Internationale nie aufgehört zu wirken. Die Parteien hätten ihr Auftreten während des Krieges „in der Richtung ihrer Entwicklung“ fortgesetzt. Worin das Fortwirken bestand, haben wir oben angedeutet. Aber darin hat das Manifest recht: die nationalistisch gewordenen Parteien haben sich wirklich nur „in der Richtung ihrer Entwicklung“ weiterbewegt. Die längst begonnene innere Zersetzung ist nach außen in Erscheinung getreten. Denn auch Verwesung ist eine Art Entwicklung.

„Nur“ über den Zeitpunkt des Friedens bestehe Uneinigkeit zwischen den Parteien, sagt das Manifest. Und wegen dieses Zeitpunktes sollten sozialistische Parteien sich nicht einigen können? Was liegt in Wirklichkeit den verschiedenen Auffassungen des Zeitpunktes zugrunde? Warum spielt der Zeitpunkt eine so entscheidende Rolle? Die Zeitpunktsfrage ist doch nichts anderes als der Ausdruck für die unvereinbare Gegenfährlichkeit der imperialistischen Kriegsziele, für die Fragen nach Grenzsicherung, Kolonialbesitz, Wahrung sogenannter Entwicklungsmöglichkeiten und so fort. Diese imperialistischen Gegenfährlichkeiten verlieren nichts von ihrem unerbittlichen und habgierigen Charakter, auch wenn sie mit Phrasen verkleidet werden wie Demokratisierung Europas, Zerstörung des Militarismus, Freiheit der Meere und so fort. Auch die alte Utopie von dem „dauerhaften Frieden“ unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems treibt sich im Manifest gespensterhaft herum. Es stellt sich ja auf den Boden derer, die nicht nur den jetzigen Krieg beendigen, sondern mit einem Schlag auch jeden zukünftigen Krieg unmöglich machen wollen, und die deshalb — den Zeitpunkt für einen Friedensschluß nicht für geeignet halten. Den Zeitpunkt für einen dauernden Völkerfrieden will man also erwarten mit dem Schwert in der Hand und im Gefolge seiner Bourgeoisie, unter der Leitung der kapitalistischen Regierungen, von denen man demokratisches Gnadenbrot hofft und in deren Ressorts sozialistische Geißeln sitzen.

Die Maifeier 1916.

Schon zum zweitenmal hat sich unter Kanonendonner und Kriegsgeschrei der Weltfeiertag des um seine materielle wie geistige Erlösung ringenden Proletariats gefeiert. Trotz aller Verwirrung und Zersplitterung, trotz Fesseln und niederdrückendem Glend ist er nicht ganz spurlos an den arbeitenden Massen vorbeigegangen. Wo immer es Sozialisten gibt, die sich ihrer alten Ideale und Grundsätze bewußt geblieben sind, da haben sie wenigstens den Versuch gemacht, an diesem Tage der Welt zu zeigen, daß der Gedanke der proletarischen Völkerbrüderung trotz allem Haß und Streit der Machthaber und Verbündeten keine überwundene Phantasterei ist, daß der Baum des Sozialismus, obwohl vom Blitz getroffen und zerspalten, doch von neuem grünt und blühende Maienweiser hervortreibt. In den neutralen Ländern, wo von eisernem Druck des Belagerungszustandes frei die Arbeiterklasse größere Bewegungsmöglichkeiten besitzt, hat die Maifeier naturgemäß den Charakter öffentlicher und imponierender Friedensdemonstrationen getragen.

In der Schweiz fanden, wie es sich gehört, an allen Orten Festversammlungen und Demonstrationsumzüge statt. Die Beteiligung war, wie die Parteipresse mitteilt, weit reger als im Vorjahr, ein Zeichen, wie sehr die grundsätzlich geklärte Stellungnahme der dortigen Partei die Massen aufzurütteln und mitzureißen beginnt. Nur eine Partei, die sich rührt und kämpft, die sich hohe Ziele steckt und mit Entschiedenheit dafür eintritt, die das Kompromiß verwirft und Klarheit will: nur eine solche Partei wird die Massen hinter sich haben. — Auch in der Hauptstadt Rumäniens haben die Sozialdemokraten den Tag nicht verstreichen lassen, ohne ihn für den Kampf gegen die Kriegsbeher und für den Frieden energisch auszunützen. Es hat eine öffentliche Versammlung dort stattgefunden, an die sich Straßenkundgebungen gegen den Krieg angeschlossen. Die Demonstration ist ohne Zwischenfälle verlaufen. In der Hauptstadt Spaniens, in Madrid, hat die Gewerkschaftsunion der Arbeitergruppe eine bedeutende Kundgebung in den Hauptstraßen veranstaltet.

Die Maidemonstrationen des holländischen Proletariats galten dieses Jahr in erster Linie dem Friedensgedanken, weiterhin der Aktion gegen die Feuerung für die Altersversorgung und für die Erriingung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen. In allen größeren Orten und vielen kleineren fanden Versammlungen statt, in einigen auch Straßenumzüge, zu deren Organisation sich die Arbeiterpartei und die im niederländischen Fachverband vereinigten Gewerkschaften verbündeten hatten. Besonders eindrucksvoll war der Demonstrationsumzug in Amsterdam, der etwa 15 000 Teilnehmer zählte. Viel bemerkt wurden die in diesem Friedenszug mitmarschierenden Soldaten. Abends waren die drei größten Säle Amsterdams überfüllt. Eindrucksvoll waren auch die Demonstrationen im Haag und in Rotterdam. Gleich-

zeitig mit dem Maiumzug der Arbeiterpartei marschierte durch die Straßen Amsterdams der von den Revolutionären organisierte Maiumzug. Er hatte 2000 Teilnehmer. Bedeutend zahlreicher war das Publikum in den Abendversammlungen, nach denen ein zweiter Umzug veranstaltet wurde.

In den kriegsführenden Ländern war die Maifeier, soweit politische Kundgebungen in Betracht kommen, durch Zensur und Militärdiktatur behindert. Trotzdem haben vielerorts entschlossene Sozialisten es sich nicht nehmen lassen, ihrem Friedenswillen, ihrer Gegnerschaft wider den imperialistischen Weltkrieg Ausdruck zu geben. Wo das nicht möglich war, hat man sich wenigstens versammelt und in geschlossenem Kreise sich gegenseitig zum Kampf um den Sozialismus und den Frieden angefeuert. So in Italien, wo die Maifeier nach den Berichten aus den großen italienischen Städten im allgemeinen ruhig verlief. In Mailand zogen eine Anzahl Frauen auf den Domplatz mit dem Rufe: „Es lebe die sozialistische Revolution, es lebe die Internationale!“ Nach bürgerlichen Berichten hat die Polizei einige Verhaftungen vorgenommen und weitere Kundgebungen verhindert. Die Maifestnummer des „Avanti“ ist in ihrem wichtigsten Teil der Zensur zum Opfer gefallen. Sie hat alle Hinweise, die sich auf den Krieg oder den Wunsch nach einem baldigen Friedensschluß beziehen, gestrichen. In den Ausgaben vom 3. und 4. Mai bringt der „Avanti“ Berichte über Maifeiern aus rund hundert Orten des Landes. Es ist anzunehmen, daß eine große Anzahl von Berichten außerdem von der Zensur gestrichen worden sind. Der „Avanti“ zieht aus dem Verlauf des 1. Mai den Schluß: „Im ganzen ist die Kundgebung überall in einer unsere eigenen Erwartungen übertreffenden Weise gelungen, ein klares Zeichen dafür, daß die Seele des Volkes immer noch ganz mit uns ist, und daß der Tag nicht fern ist, an dem die Internationale durch das Werk und den Willen des Proletariats ihre höchste und bedeutendste Vergeltung haben wird.“

Aus Frankreich liegen genaue Berichte über den Verlauf des Tages noch nicht vor. Die Confédération Générale du Travail — der Gewerkschaftsverband — beschloß, aus Gründen der Kriegsführung den 1. Mai nicht zu feiern. Für den Abend waren zahlreiche Arbeiterversammlungen angekündigt. Am 30. April tagte in Paris der Kongreß der Union des Syndikats der Seine, die folgende Entschließung annahm:

„Die organisierten Arbeiter des Seine-Departements bekräftigen an diesem Tage der Arbeiterkundgebungen der ganzen Welt ihre unerschütterliche Zugehörigkeit zur proletarischen Internationale.“

Der gegenwärtige Krieg, der ihnen durch eine auf Eroberungen und Herrschaft begierige Klasse trotz ihrer friedlichen Anstrengungen auferlegt wurde, läßt sie weder ihre Hoffnungen auf die menschliche Brüderlichkeit noch ihr Ideal der gesellschaftlichen Umwandlung aufgeben. — (Folgt Zensurlücke von sechs Zeilen.)

Dieser Krieg muß der letzte der Kriege sein, und er muß deshalb zum Ziele haben:

1. Die Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit der Völker;
2. die Unterdrückung jeder geheimen Diplomatie;
3. die Begrenzung der Rüstungen als Maßnahme, die die allgemeine Abrüstung vorbereiten soll;
4. die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts für alle Konflikte zwischen Nationen.

Aber die gegenwärtigen Schreden hinweg richten sie an ihre mobilisierten Kameraden den Ausdruck ihrer brüderlichen Gefühle, versichern ihnen, auf dem gewerkschaftlichen Gebiet eng zusammengeschlossen zu bleiben, um ihnen ihre Organisationen zu bewahren, ihre Klasseninteressen zu schützen.

Sie senden den Müttern, Witwen und Waisen ihrer toten Kameraden ihre Gefühle bewegter Teilnahme, ihnen versichernd, keine Anstrengung zu scheuen, daß sie die Kompensationen erhalten, die ihnen geschmähtig von der Regierung zustehen.

Sie drücken die Hoffnung aus, daß dieser Krieg bald sein Ende findet, daß im Frieden das Recht über die brutale Gewalt triumphiert, damit die wieder vereinigten, auf immer in der Föderation der Vereinigten Staaten der Welt vereinigten Völker in einer internationalen der Tat und der Ideen ihren Vormarsch wieder aufnehmen können im Sinne einer friedlichen und menschlichen Entwicklung.

Sie senden ihren brüderlichen Gruß den Proletariaten der ganzen Welt und gehen auseinander mit dem Rufe: „Es lebe der Syndikalismus! Es lebe die Arbeiterinternationale!“

Das von der französischen Zensur gestrichene lautet: „Die organisierten Arbeiter von Paris und Umgebung be-

anspruch für sich das Recht, mit lauter Stimme ihren Willen zu bekunden, daß sie sich jedem Gedanken einer Zerstückelung der deutschen Nation widersetzen, ebenso wie gegen jeden Plan einer gewaltsamen Eroberung, die unvermeidlich zur Vorbereitung einer neuen Abschlachtung unter den Völkern führen würde.“

In Deutschland fanden Mitgliederversammlungen der Organisationen statt, wo immer die Möglichkeit dazu vorhanden und die organisierte Arbeiterschaft sich ihrer sozialistischen Aufgaben bewußt gekriegen war. Leider sind nur recht wenig Berichte darüber erschienen. In Bremen sprach Reichstagsabgeordneter Henke. Laut „Bremer Bürgerzeitung“ wies er darauf hin, daß die Internationale nicht tot sei, daß in allen Ländern Widerheiten entstanden seien, die die Rückkehr zum Gedanken der internationalen sozialistischen Arbeiterolidarität vertreten. Wenn die Führer der alten, der zweiten Internationale im kritischen Augenblick versagt haben, so tragen nicht nur sie die Schuld, sondern auch die Massen, die sie zu Führern gewählt haben. Die neue Internationale müsse in Kopf und Herz der Arbeitermassen selbst liegen, die Arbeiter müssen die Triebkräfte der Produktion in ihren Dienst zwingen, dann werden wir weder Krisen noch Kriege haben. — Gut besuchte Versammlungen fanden in Braunschweig, in Ganau und Jena statt. In der letzteren Stadt sammelten sich spontan Scharen von Kriegerfrauen und Arbeitern, um nach Arbeitschluß einen Maiumzug durch die Stadt zu veranstalten. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Auch in Berlin scharten sich Genossen und Genossinnen zusammen, um dem proletarischen Mairgedanken öffentlich Ausdruck zu geben. Bei dieser Gelegenheit fand die Verhaftung des Genossen Liebnecht statt. Eine Reihe Organisationen mußte sich mit Ausflügen und geselligen Veranstaltungen begnügen. Es hat sich gezeigt, daß überall da, wo die Arbeiterschaft sich ihrer alten Ziele wieder bewußt geworden ist, auch der Mairgedanke des internationalen Proletariats neuen Inhalt und lebendige Kraft gewonnen hat.

Aus der Bewegung.

Eine dringend nötige Auskunft. Fast in allen Parteiorganisationen wird lebhaft Klage geführt, daß so viele weibliche Mitglieder ihnen den Rücken kehren. Es ist traurig, daß in der Zeit, wo zahlreiche Genossen nicht unter uns sein und wirken können, die Frauen schamlos flüchten, die nun eigentlich die Partei zusammenhalten sollten. Alle Gründe, die in den einzelnen Organisationen dafür angegeben werden, können uns über die Tatsache selbst nicht beruhigen. Es muß auf Mittel und Wege gesonnen werden, der Fahnenflucht Einhalt zu tun und die Werbekraft der Sozialdemokratie auf die Frauen zu erhöhen.

Meiner Meinung nach hätte daher schon längst unter den führenden Genossinnen eine Zusammenkunft stattfinden müssen, um über die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu beraten, wie über Maßnahmen, die weiblichen Parteimitglieder festzuhalten und zu schulen. Im Jahre 1913 hat die letzte Frauenkonferenz stattgefunden. Seither ist eine viel zu lange Zeit ohne eine Aussprache der führenden Genossinnen im ganzen Reich verstrichen, eine Aussprache, die durch die Bezirkskonferenzen nicht ersetzt werden kann. Der Anschluß des weiblichen Proletariats an die Partei ist noch zu jung, als daß die proletarische Frauenbewegung eine so große Spannezeit ohne gründliche allgemeine Beratung bleiben könnte.

Auf der Nürnberger Frauenkonferenz wurde nachdrücklich betont, daß es notwendig sei, den Parteivorstand durch ein weibliches Mitglied zu erweitern, damit die Verbindung der organisierten Genossinnen mit der Partei befestigt und die Agitations- und Erziehungsarbeit unter den Proletarierinnen kräftig gefördert werden sollte. Eine Hauptaufgabe der Genossin im Parteivorstand sollte es also mit sein, die proletarische Frauenbewegung an Umfang und Klarheit weiter zu entwickeln. Wie kommt es nun, daß wir nichts davon sehen und hören, welche Mittel unser weibliches Parteivorstandsmittelglied vorschlägt, um die jetzigen schwierigen Verhältnisse zu bessern? Wie kommt es, daß wir nichts darüber erfahren, ob unsere Vertreterin im Parteivorstand eine Zusammenkunft der führenden Genossinnen aus dem ganzen Reich angeregt hat? Wenn nicht, warum unterließ es, und wenn ja, warum wird vom Parteivorstand keine Konferenz einberufen? Es muß unter allen Umständen eine Aussprache der Genossinnen herbeigeführt werden. Damit warten, bis der größte Teil der weiblichen Mitglieder der Partei verlorengegangen ist, wäre das verkehrteste, was man tun könnte. Auskunft ist dringend nötig. Marg. Wengels, Berlin.

und Freiheit allen Völkern. So ist auch unser Grüßen am Frauentag 1916 wie das der Treu- und Kampfgenossinnen in Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Holland und anderen Ländern ein Bed- und Mahnruf den Millionen Bedrückten, und noch Fernstehenden, mit uns allen vereint emporzustreben aus den Tiefen der Armut und des Elends ins Sonnenland des Glückes und der Freiheit.

Der Frauentag in Holland hat einen Monat eifriger sozialdemokratischer Propaganda für das allgemeine Frauenwahlrecht abgeschlossen. Wie die Leserinnen sich erinnern werden, war es der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der diesen Agitationsmonat beschlossen hatte. Die Partei hat mit hin ihren Teil an der Propaganda gehabt, es versteht sich aber, daß die organisierten Genossinnen ihre energischsten und freudigsten Trägerinnen gewesen sind. Sie empfanden es als selbstverständliche Ehrenpflicht, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, dem allgemeinen Frauenwahlrecht eine zahlreiche und überzeugte Anhängererschaft zu werben, namentlich unter den Frauen des arbeitenden Volkes. Während des Propagandamonats haben mehr als 100 öffentliche Versammlungen stattgefunden, die dazu dienten, die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu begründen, die Genossinnen haben außerdem eine rege Haus- und Straßenaugitation betrieben, wobei 300 000 Flugblätter, viele Broschüren und sozialistische Zeitungen verteilt und verkauft wurden. Der Frauentag selbst war, wie die „Gleichheit“ bereits berichtet hat, ein großer Erfolg. Es fanden in 25 Städten öffentliche Versammlungen statt, die alle glänzend besucht waren. Überall gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die öffentliche Versammlung des Frauentags, der von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Verband sozialdemokratischer Frauenvereine veranstaltet worden ist, um die Sache des allgemeinen Frauenwahlrechts zu fördern, gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Männer allein nicht den Forderungen einer vollkommen demokratischen Staatsverfassung entspricht, wie die Arbeiterklasse sie braucht, um ihr gebührenden Einfluß auf Staat und Gesellschaft ausüben zu können. Die Versammlung erachtet es daher als eine zeitgemäße Forderung, daß der politischen Zurücksetzung und Rechtslosigkeit der Frau ein Ende bereitet wird, eine Forderung, die die Sozialistische Internationale den sozialistischen Parteien aller Länder zur Pflicht gemacht hat. Die Versammlung appelliert an die Regierung und die Volksvertretung, daß sie bei der bevorstehenden Verfassungsreform zusammen mit dem allgemeinen Männerwahlrecht auch das allgemeine Frauenwahlrecht verwirklichen, und sie ruft die Männer und Frauen der arbeitenden Klassen auf, kraftvoll für dieses Recht zu kämpfen.“

Der Frauentag hat den Frauenmonat abgeschlossen, nicht aber die Aktion für das allgemeine Frauenwahlrecht. Die nächste Jahresversammlung des Bundes sozialdemokratischer Frauenvereine, die am 14. Mai stattfindet, wird Vorschläge und Anregungen zum weiteren energischen Kampf für das volle Bürgerrecht aller Frauen bringen.

H. A.

Frauenstimmrecht.

Frauenstimmrecht und Preussisches Herrenhaus. Ehe das Preussische Herrenhaus sich am 31. März verlagert hat, verhandelte es in seiner Plenarsitzung unter anderem auch über eine Eingabe gegen die Einführung des Frauengemeindevahlrechts. Der „Deutsche Bund gegen Frauenemanzipation“ glaubte sich mit dieser vormärzlichen Petition wieder einmal die Nittersporen der Rückwärtserei zu verdienen. Professor Langermann - Kiel hat im Namen der genannten Organisation darum, nur ja davon abzusehen, den Frauen auch bloß volles Bürgerrecht in der Gemeinde zu verleihen. Der Kommissionsantrag lautete auf Überweisung der Eingabe als Material an die Staatsregierung. Das Mitglied des Hohen Hauses, Generaloberarzt Dr. Neuber - Kiel hielt es für nötig, die Bedeutung dieses Antrags durch eine Rede gegen das Frauenwahlrecht und die Frauenemanzipation im allgemeinen zu unterstreichen. Schon das Frauenstudium dünkt diesem Herrn vom Übel und zeitigt nach ihm die bedenklichsten Folgen. Als besonderen Trumpf spielte Dr. Neuber aus, die ganze Frauenbewegung sei — schrecklich zu sagen! — international und leiste lediglich der Sozialdemokratie Vorschub. Diese Behauptung ist ein alter, bekannter Adenbühner der Frauenrechtsgegner und gewinnt nicht um ein Jota an Nichtigkeit, wenn sie immer wieder vorgeführt wird. Beachtung verdient hingegen, daß Dr. Neuber wohl die Leistungen der Frauen in der Kriegszeit

anerkannte, jedoch trotzdem den Warnefinger gegen das Frauenwahlrecht erhob. Dr. Dernburg, der frühere Kolonialsekretär, erklärte mit Recht, daß die vorgebrachten Anschauungen sich mit denen weiter Kreise des deutschen Volkes nicht in Übereinstimmung bringen ließen. Der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Matting pflichtete ihm darin bei. Trotzdem, aber erklärlich genug, siegten im Herrenhause die Gegner des Frauenwahlrechts. Die Mehrheit fand, daß die Eingabe Würdigung verdiene, und überwies sie der Regierung als Material. Der Beschluß ist einer jener Strohhalme, die künden, von wannen der Wind kommt und wohin er fährt. Es erinnert die Frauen daran, daß sie ungeachtet ihrer Leistungen volles Bürgerrecht in der Gemeinde und erst recht in Staat und Reich nicht als Belohnung erharren dürfen, sondern daß sie darum ringen müssen.

Ein Sieg des Frauenwahlrechts in Alberta. Die gesetzgebenden Gewalten von Alberta, einer Provinz des englischen Koloniallandes Kanada, haben kürzlich allen großjährigen Frauen die volle politische Gleichberechtigung zuerkannt. Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz wurde bisher mittels des allgemeinen Männerwahlrechts gewählt, künftighin wird ein Wahlrecht für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts über ihre Zusammensetzung entscheiden. Das kommunale Wahlrecht besaßen die Frauen bereits. Der Beschluß des Parlaments hat die Billigung ja die freudige Zustimmung des Statthalters gefunden. Dieser erklärte:

„Seit vielen Jahren kam das wachsende Gefühl zum Ausdruck, daß die Gleichberechtigung der Geschlechter anerkannt werden sollte, und daß die Frauen — die vielleicht gerade in einem neueröffneten Lande in ganz besonders hohem Maße zur Entwicklung beigetragen, die Beschwerden und Mühsale geteilt, den Wohlstand gefördert haben — das Recht besitzen müßten, einen gleichberechtigten Anteil an der Regierung des Landes zu nehmen. Meine Regierung hat diese Frage in ernstliche Erwägung gezogen und beschlossen, daß, soweit unsere gesetzgeberische Macht reicht, die Gleichberechtigung in Alberta geschlechlich festgelegt werden sollte, und daß es künftighin in unserer Provinz keinen politischen Unterschied zwischen den Geschlechtern geben darf.“

Man vergleiche mit diesen Worten, die Vorurteilslosigkeit, hohen Gerechtigkeitsinn atmen, die Verhandlungen und den Beschluß des Preussischen Herrenhauses über das Frauenwahlrecht in der Gemeinde.

Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Holland ist leider nicht so sicher, wie manche nach den ersten Veröffentlichungen über den Regierungsentwurf zur Verfassungsreform angenommen hatten. Unsere Leserinnen wissen, daß der Entwurf nur die Möglichkeit vorsieht, die Frauen politisch zu emanzipieren. Er überläßt es dem Gesetzgeber, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen oder auch nicht zu verleihen.

Wie die Dinge liegen, gibt es betrefis des Frauenwahlrechts vier Möglichkeiten. Erstens, daß der Entwurf gar nicht zum Gesetz wird, denn obgleich die Mehrheit auf Seiten der Regierung steht, ist doch nur die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine warme Anhängerin des allgemeinen Wahlrechts, sie allein wird ernstlich dafür eintreten. Zweitens ist es möglich, daß das fakultative Frauenwahlrecht aus dem Entwurf gestrichen wird. Was das Frauenwahlrecht anbelangt, so würde dann die neue Verfassung der jetzigen wie ein Ei dem andern gleichen. Sie würde es nämlich dem Gesetzgeber vorbehalten, den Frauen das Wahlrecht zuzuerkennen. In diesem Falle wäre der Kampf für die Forderung als Zwang auf Jahre hinaus lahmgelegt, denn der Gesetzgeber könnte das Frauenwahlrecht nur im Gegensatz zu der Verfassung einführen, ein Gesetz darf aber nicht im Gegensatz zu dieser stehen. Drittens kann der Entwurf, so wie er ist, zum Gesetz werden, dann ist es so gut wie sicher, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht energisch weitergeht. Viertens aber ist es bei einer kräftigen Aktion der Arbeiterklasse nicht ganz ausgeschlossen, daß das allgemeine Frauenwahlrecht in die Verfassung aufgenommen wird. Jedenfalls würde solch eine kräftige Aktion unter allen Umständen ihre Früchte tragen.

Die holländischen Genossinnen haben zielklar und energisch darauf hingewirkt, daß es die sozialdemokratische Partei an einer auf-rüttelnden Agitation nicht fehlen ließ. Sie sind in ihrem Eifer nicht ermüdet, die Situation für die Forderung des Frauenwahlrechts auszunutzen. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen entfalten ebenfalls eine sehr rührige Propaganda. Welches auch zunächst das Ergebnis all dieser Bemühungen sein wird: die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts muß dabei gewinnen.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zeilin (Bundes), Wittelsbacher, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.